



Die FDP spielt mit dem Ampel-Aus

Den Vorstoß der Liberalen zur **Stärkung der Wirtschaft** bewertet Bernhard Junginger, Berlin

Immer stärker erinnert die Machtprobe in der Ampel an die Mutprobe aus dem Hollywood-Klassiker „Denn sie wissen nicht, was sie tun“. In der Schlüsselszene tragen der vom legendären James Dean verkörperte Held und sein fieser Widersacher ein sogenanntes Hasenfußrennen aus. Beide rasen in gestohlenen Autos auf eine Klippe zu, wer als erster rauspringt, ist der Feigling und hat demnach verloren.

Das Spielchen zwischen der FDP auf der einen und SPD und Grünen auf der anderen Seite hat zwar andere Regeln, folgt aber der gleichen Todesverachtungs-Logik, die letztlich auch die nukleare Abschreckung im Kalten Krieg prägte: Sind wir halt ausgelöscht. Ihr aber erst recht! Christian Lindner und seine Liberalen entwerfen ein Szenario, in dem sie die Ampel-Karre in den Abgrund fahren, indem sie selbst bei voller Fahrt herauspringen. Es sei denn natürlich, Grüne und SPD geben klein bei und akzeptieren ihre Bedingungen: Schluss mit der abschlagsfreien Rente mit 63, schärfere Sanktionen für störrische Bürgergeldempfänger, ein Ende der Förderung von erneuerbaren Energien und dergleichen mehr. Bewusst ist der Forderungskatalog zum Parteitag im Stil des „Lambsdorff-Papiers“ gehalten, das 1982 das Ende der sozial-libera-

len Koalition und den Schwenk der FDP hin zu Helmut Kohl und der Union begründete. Doch 42 Jahre später ist die Situation eine ganz andere. Für Schwarz-Gelb reicht es nicht annähernd. Neuwahlen wären fast unausweichlich und für SPD und Grüne jeweils unannehmlich, aber längst nicht so existenzbedrohend wie für die FDP. Denn wenn die jetzt wirklich die Bundesregierung platzen lässt, könnte ihr selbst angezettelt Feiglings-Rennen so tödlich enden, wie jenes im Film. Bei einer außerplanmäßigen Wahl wäre nicht gewiss, dass die FDP die Fünf-Prozent-Hürde überwindet.

Natürlich ist auch den liberalen Strategen klar, dass weder SPD noch Grüne ihre eigene Anhängerschaft auf die Palme treiben werden, indem sie Kernpositionen opfern. Ein Koalitionsbruch ist für die FDP also zumindest zum jetzigen Zeitpunkt keine echte Option. Lindner und die Seinen wissen vermutlich sehr wohl, was sie gerade tun: Sich nach innen ihrer Glaubenssätze versichern, sich nach außen als Gegenpol zum rot-grünen Teil der Ampel inszenieren und sich strategisch an die Union ranzwanzen. Für die glaubhafte Inszenierung eines echten Hasenfuß-Spiels, fürs ganz große Rebellen-Kino, fehlt den Liberalen im Augenblick schlichtweg die Substanz.



Autonomes Fahren

Karikatur: Jürgen Tomicek

Wachsende Unsicherheit

Torsten Henke zu den **Militärausgaben**

Rund 2,4 Billionen Dollar. Wie viel Gutes könnte man mit diesem Geld tun, um Kindern das Leben zu retten, Menschen aus der Armut zu holen, den Klimaschutz voranzutreiben und die Welt besser auf die Erderwärmung vorzubereiten. Stattdessen gibt die Welt diese astronomische Summe für Armeen, Waffen und Militärausrüstung aus. Manöver wie die Großübung „Quadrige“ der Bundeswehr mit rund 12.000 Soldaten werden abgehalten, um „kriegstüchtig“ zu werden.

Doch es gibt in dieser unsicheren Welt gute Gründe, in Rüstung und damit in den Schutz von Freiheit und Sicherheit zu investieren. Auch wenn es schade um das viele Geld ist. Nur mit starken Streitkräften und einer geschlossenen Nato wird sich der Aggressor Wladimir Putin davon abhalten lassen, weitere Staaten anzugreifen. Und auch China setzt seine nationalen Interessen immer aggressiver durch.

Hartnäckige Ermittlerin

Claus Schöner zu den **Cum-Ex-Verfahren**

Auf die Fürsorge des Beamtenstandes zu verzichten – da gehört schon etwas zu. Großer Frust zum Beispiel. Dass Anne Brorhiller unzufrieden war in ihrem Job als für die Aufarbeitung des Cum-Ex-Steuerskandals zuständige Chefermittlerin, war kein Geheimnis. Mit der Hartnäckigkeit, mit der sie die Aufklärung vorantrieb, und der Kompromisslosigkeit, mit der sie Deals mit den Angeklagten ablehnte, hat sie in der Finanzwelt Angst und Schrecken verbreitet und sich in der Öffentlichkeit einen Ruf als Heldin erworben.

Das jedoch ist im Justizapparat nicht gut angekommen, und auch die Politik blickt auf Stars in der Beamtenschaft mit Misstrauen. Das hat Brorhiller oft zu spitzen bekommen. Dass sie nun das Handtuch wirft, ist bedauerlich für die Steuerzahler, während in der Geldbranche viele aufatmen werden. Zu hoffen ist, dass ihr Nachfolger mit ebenso viel Jagdinstinkt zu Werke geht.

Der Kleinanleger ist der Dumme

Bastian Galuschka

über einen Insiderverkauf von Aktien des kriselnden schwäbischen Batterieherstellers Varta. Das Ganze hat ein Geschmäcke, konstatiert der Autor.



Der Gastautor ist **Chefredakteur der Finanzmarktanalyse- und Tradingplattform stock3.**

Wenn Insider an der Börse handeln, schauen Börsianer ganz genau hin. Bei Varta schlägt aktuell eine Transaktion Wellen, die auch außerhalb der Börse für Schlagzeilen sorgt.

Wollen Führungskräfte Aktien ihres Unternehmens kaufen oder verkaufen, ist das Prozedere klar geregelt. Laut der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz BaFin, müssen diese auch als „Directors' Dealings“ bezeichneten Transaktionen innerhalb von drei Geschäftstagen gemeldet werden, insofern sie innerhalb eines Kalenderjahres den Schwellenwert von 20.000 Euro überschreiten. Auch muss ein Unternehmen Insiderinformationen unverzüglich per Ad-Hoc-Mitteilung an alle anderen Marktteilnehmer weitergeben, damit diese Börsianer, darunter auch Kleinanleger, nicht gegenüber Unternehmensinsidern benachteiligt werden.

Wenn aber zwischen Ad-Hoc und Insiderverkauf nur wenige Minuten liegen, ja die Transaktion des Vorstands eine der ersten überhaupt an der Börse nach der Ad-Hoc-Mitteilung gewesen ist, dann hat das Ganze zumindest ein Geschmäcke. So passiert beim kriselnden schwäbischen Batteriekonzern Varta.

Am 11. April musste Varta in einer Ad-Hoc-Mitteilung einräumen, dass ein seit Juli 2023 aufgelegtes Sanierungsprogramm nicht

mehr aufrechterhalten werden kann. Die Meldung erfolgte um 20.35 Uhr, da war das elektronische Börsensystem XETRA bereits geschlossen. Dennoch konnte die Aktie beispielsweise über Regionalbörsen weiter gehandelt werden und rauschte förmlich in den Keller. Am Folgetag belief sich das Minus sogar auf 30 Prozent.

Am 16. April meldete Varta, dass der Vorstandssprecher Dr. Markus Hackstein für 24.669 Euro Varta-Aktien verkauft hat, und zwar an eben diesem 11. April über die Börse Frankfurt. Eine genaue Uhrzeit wird in den Directors' Dealings zwar nicht aufgeführt, es wird aber aufgeschlüsselt, dass ein Verkauf über 556 Euro zu einem Aktienkurs von 13,89 Euro ausgeführt worden ist und der Rest zu 13,80 Euro je Aktie.

Schaut man nun auf das Orderbuch in Frankfurt, so wird schnell klar, dass die zweite und dritte ausgeführte Order nach der Meldung

eben diese des Herrn Hackstein gewesen sein müssen. Zuvor war die Varta-Aktie wohl einige Minuten ausgesetzt.

Herr Hackstein reagierte also blitzschnell, nur ein Marktteilnehmer war noch schneller. Oder anders ausgedrückt: Herr Hackstein wusste wohl genau, wann die Ad-Hoc-Meldung veröffentlicht wird, und drückte kurz danach auf den Verkaufsbutton. Ihm blieben gegenüber vielen Kleinanlegern damit deutliche Verluste erspart.

Varta ist in der Vergangenheit schon einmal bei Directors' Dealings negativ aufgefallen. Im September 2023 veröffentlichte das Unternehmen zunächst einen Insiderkauf des Aufsichtsrats Martin Ohneberg über gut 160.000 Euro. Es wäre der erste Insiderkauf seit Juni 2023 gewesen. Doch noch am selben Tag folgte die Ernüchterung für die Aktionäre. Es handelte sich um keinen Insiderkauf, sondern in Wahrheit um einen Verkauf.

Klar, Fehler können passieren und rein formal kann die BaFin Herrn Hackstein wohl auch nichts ankreiden. Dennoch sollte die Behörde aufgrund des Beispiels überlegen, ob sie bei Directors' Dealings nicht auch gewisse Handels-sperrenzeiten für die Insider einführt. Solche Sperrenzeiten wären nicht gänzlich neu. Sie gibt es schon im Vorfeld der Veröffentlichung von Quartals- oder Jahresberichten.

Der Fall Varta zeigt jedenfalls: Der Dumme, ist wie so oft, der nicht informierte Kleinanleger.

FRAGE DES TAGES

Ist es richtig, in Deutschland einen Veteranentag einzuführen?

Die Ampel-Fraktionen und die Union sind sich einig: Der 15. Juni soll ein neuer Gedenktag werden.

Ja 54,1%

Nein 45,9%

Insgesamt 732 Teilnehmer (Auflösung der Frage vom Montag, Ergebnis nicht repräsentativ)

Die **TED-Telefonnummern** für die aktuelle Umfrage von Seite 1 lauten: für Ja: **01379 79 00 81**, für Nein: **01379 79 00 82**. Ihr Anruf wird bis heute, 18 Uhr, gezählt. Das Ergebnis der Umfrage erscheint in der nächsten Ausgabe. Ein Anruf aus dem Festnetz kostet 50 Cent. Mobilfunkpreise können abweichen.

DIE MEINUNG DER LESER

Die Freiheit ist ein hehres Gut

Zum Leserbrief „Ist das nicht Demokratie?“ von Dieter Handwerk (30. März, Seite 6).

Die Demokratie ist ein ganz empfindliches, hehres Gut, das jeden Tag von Neuem gepflegt werden muss. Die Frage ist allerdings: Wie geht man mit Feinden der Demokratie um? Keinem zivilisierten Menschen kann es gefallen, wenn Islamisten judenfeindliche Parolen gröheln oder wenn der rechte Mob „Ausländer raus“ brüllt. Nur, was erreicht man mit Verboten? Dies muss in jedem Einzelfall umsichtig geprüft werden. Grundsätzlich muss man dafür dankbar sein, dass es ein im Grundgesetz garantiertes

Recht auf freie Meinungsäußerung gibt. Und dass dieses Recht auch von den Feinden der Demokratie genutzt und benutzt wird, ist zwar nicht schön, aber – leider – logisch und konsequent. In der Weimarer Republik lief es ähnlich: Die Schwächen der Demokratie wurden genutzt, um dieselbe auszuhebeln. Herr Handwerk hat zwar grundsätzlich Recht, wenn er in seinem Leserbrief vom 30. März kritisiert, dass man vernünftige Vorschläge ablehnt, nur weil sie von der AfD kommen, vielleicht mag auf kommunaler Ebene auch das eine oder andere funktionieren. Allerdings gilt es zu bedenken, was mittlerweile von einer Partei zu halten ist, so wird schnell klar, dass die zweite und dritte ausgeführte Order nach der Meldung

Nichts spricht aus meiner Sicht gegen einen Versuch, die AfD vom Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen. Nur, was hat es für

Folgen, wenn dieser Versuch scheitern sollte? Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die Staatsmacht so wenig wie möglich und so viel wie nötig auf die individuelle Freiheit des Einzelnen Einfluss nehmen sollte, denn je mehr verboten wird, umso weiter wird die Demokratie eingeschränkt.

Das gilt in logischer Konsequenz auch für grenzwertige Themen. Jeder Mensch muss sein Handeln in allererster Linie vor sich selbst und vor Gott verantworten. Winston Churchill soll einmal gesagt haben: Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, aber er kenne keine bessere. Und Rosa Luxemburg wird das Zitat zugeschrieben: Freiheit ist immer nur die Freiheit des Andersdenkenden.

Martin Eberhardt
Tann